Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 2

Artikel: Die Planwirtschaft steht zur Diskussion : auch die Räte sind reorganisert worden

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076838

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Planwirtschaft steht zur Diskussion (V)

Auch die Räte sind reorganisiert worden

Als jüngste Konsequenz der Reformen der KPdSU vom letzten Herbst ist auf Jahresbeginn in einigen Sowjetrepubliken das Rätesystem (Sowjetsystem) selbst umgestaltet worden, und zwar im Sinne des auf Parteiebene eingeführten Dualismus auf Grund des sogenannten Produktionsprinzipes. Statt der bisherigen einheitlichen Behörde entstehen nun getrennte Sowjets für Landwirtschaft und Industrie, das heisst voneinander unabhängige Verwaltungen nach funktionellen Gesichtspunkten. Damit beginnt die umgeformte Parteistruktur, die schon ihre Entsprechung in Gesellschaftsorganisationen, wie Gewerkschaften und Komsomol gefunden hat, auch den staatlichen Aufbau umzugestalten.

Wir schliessen mit dieser Folge unsere im alten Jahr begonnene Untersuchungsreihe (KB, Nrn. 47 bis 50) ab. Das neue Gesicht der Partei und verschiedene Aspekte der komplexen und immer noch laufenden Reformen werden wir in gesonderten Beiträgen thematisch behandeln.

Mit der Einführung der neuen Sowjets auf der Ebene von Gebiet und Grenzgebiet (Untereinteilung der Sowjetrepubliken in territorialer Hinsicht) haben nun die vom Zentralkomitee der KPdSU auf Weisung Chruschtschews gefassten Beschlüsse den gesamten Machtapparat des kommunistischen Systems organisatorisch erfasst: die Partei, die Gesellschaftsorganisationen (Gewerkschaften, Verbände) und die staatlichen Behörden. Ihre Auswirkung auf die weitere Ostblockstruktur im Rahmen des Comecon (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe = RWG) ist ebenfalls in Aussicht genommen (siehe KB, Nr. 50).

Ukraine und Kasachstan

Konkretes zur Umgestaltung des Rätesystems, der territorialen Behörden also, nach dem Produktionsprinzip ist in den Unionsrepubliken Ukraine und Kasachstan bekanntgegeben worden.

Mit Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukraine vom 30. Dezember wurde beschlossen, die Doppelorganisation der Sowjets in Gebietsräte für Industrie und Landwirtschaft in 15 Gebieten einzuführen, während in den übrigen sechs Gebieten die einheitliche Struktur beibehalten wird. Aufgeteilt werden in den betreffenden Gebieten auch die Exekutivkomitees, denen die eigentliche Verwaltungsarbeit obliegt (die Sowjets werden durch Einheitsliste gewählt und amten als «Delegierte» der Bevölkerung). Für das Inkrafttreten der neuen Verordnung werden aber die nächsten Wahlen nicht abgewartet. Interimistisch werden die in industriellen Wahlkreisen gewählten Rätemitglieder dem Industriesowjet angehören, die übrigen dem Landwirtschaftssowjet. Ebenfalls auf administrativem Weg wird die Teilung der Exekutivkomitees durchgeführt. Die neuen Behörden sind also bis zur personellen Zusammenstellung auf Dekretweg gebildet worden.

In Kasachstan wurde die Doppelspurigkeit der Behörden vorderhand nur für die drei Gebiete Alma-Ata, Ostkasachstan und Karaganda beschlossen (wo Landwirtschaft und Industrie im grossen und ganzen gleich entwickelt sind), während in den übrigen elf Gebieten und den drei Grenzgebieten der Unionsrepubliken die bisherige Ordnung beibehalten wird. Aufschlussreich ist, dass das Nebeneinander der Behörden auch auf Bezirksebene eingeführt wird (Bezirke sind Unterteilungen der Gebiete), wo dies der Produktionscharakter der betreffenden Territorialeinheiten als wünschenswert erscheinen lässt, das heisst wo neben der Landwirtschaft eine genügend starke Industrie besteht. Anscheinend besteht diese Möglichkeit auch dort, wo der übergeordnete Gebietssowjet selbst ungeteilt blieb. Wie weit diese erschwerten Zuständigkeitsprobleme tatsächlich der «Vervollkommnung der Wirtschaftsleitung» und der «verbesserten Bevölkerungsbedienung» helfen können, wie es die sowjetische Presse ankündigt, bleibt abzuwarten.

Sicher ist jedenfalls, dass dies Neugründung von staatlichen Behörden durch Dekrete von Republik-Exekutiven nicht in der Verfassung vorgesehen ist. Damit wiederholt sich auf staatlichem Gebiet, was schon auf Parteigebiet der Fall gewesen war. Die Beschlüsse des Zentralkomitees hatten bei weitem die Kompetenzen dieses Organs überschritten (sie wären nur vom Parteikongress zu genehmigen gewesen) und verletzten sowohl das Parteistatut als auch das Parteiprogramm, die beide erst ein Jahr zuvor angenommen worden waren.

Vorläufiges Fazit: Doppelspurigkeit in der Mehrspurigkeit

Was für Auswirkungen hat die von der Partei eingeführte Priorität des Produktionsprinzips nach der Anpassung der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation an die neue Linie? Zunächst bestimmt einen Wirrwarr, trotz der Versicherung Chruschtschews: «Mit der neuen Struktur wird alles viel einfacher sein.» Die Zahl der nebeneinander bestehenden Stellen (territorial und funktionell gegliedert, Partei-Staats- und gemischte Organe) haben sich vermehrt und damit auch die Ueberschneidungen der Funktionen, die schon ohnehin häufig genug waren. Man denke nur an die Belastung der Kontroll- und Planungsapparate, die ebenfalls reorganisiert wurden. Dem steht allerdings eine Vereinfachung in der hierarchischen Gliederung von oben nach unten entgegen, erreicht durch eine Zentralisierung der Wirtschaft (Zusammenlegung von Volkswirtschaftsräten und landwirtschaftlichen Produktionsverwaltungen). Dieser Vorteil vermag aber die Unübersichtlichkeit der Parallelleitungen nicht annähernd aufzuheben, wenigstens für eine lange Uebergangsperiode nicht.

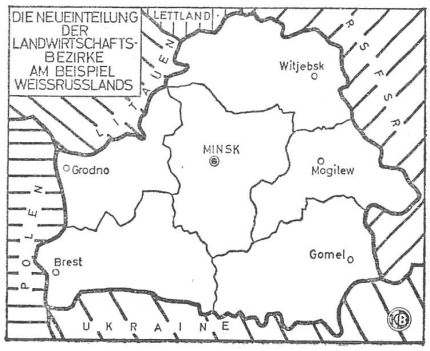
Die Ausrichtung nach dem «Produktionsprinzip» hat seine Auswirkungen sowohl auf dem gesellschaftlichen als auch auf dem staatlichen Sektor.

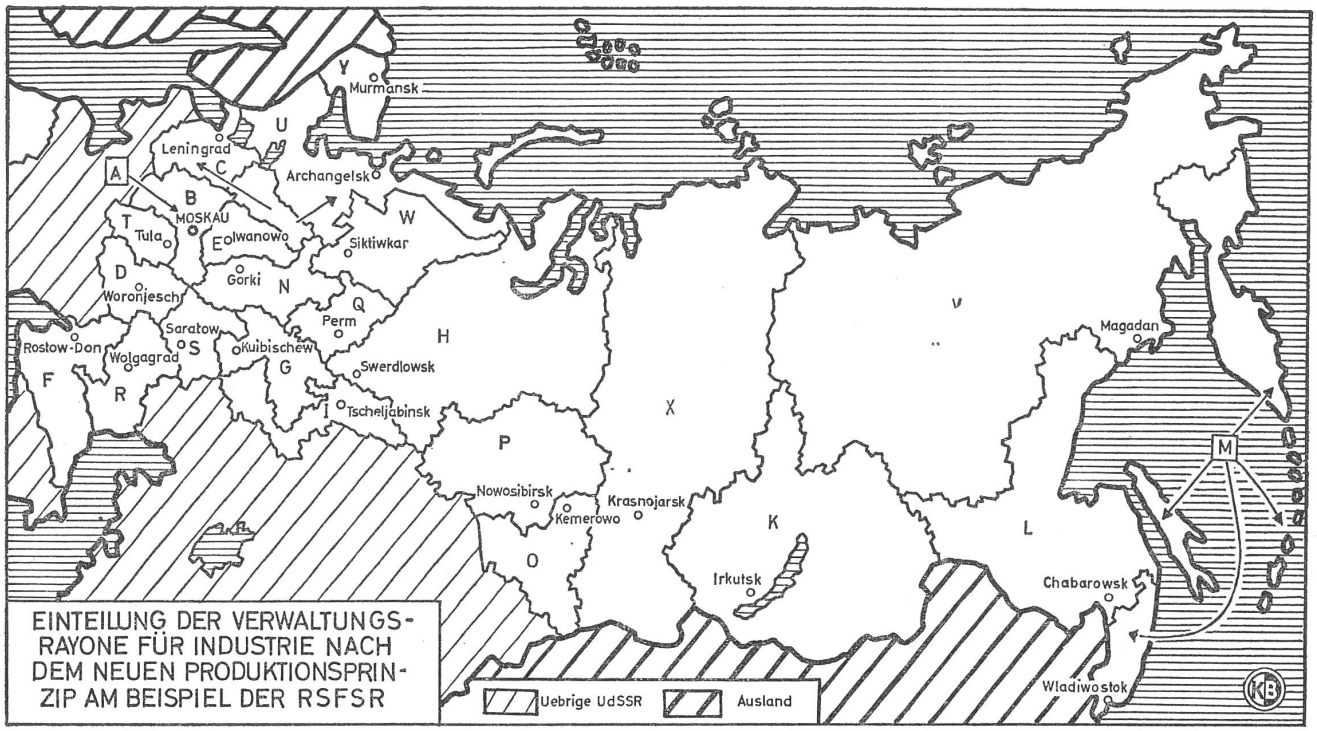
Der gesellschaftliche Sektor

umfasst grundlegend zunächst *die Partei selbst*, dann die wichtigsten von ihr geleiteten Massenorganisationen. Die *Gewerkschaften* sind der neuen Struktur angepasst worden durch die Schaffung von separaten Industrie- und Landwirtschaftsgewerkschaften auch dort, wo lokale Einheiten bestanden. Erscheint hier die branchenmässige Trennung noch plausibel, so wird sie schon beim *Komsomol* (siehe KB, Nr. 52) fragwürdiger, denn sie muss zu einer Spezialisierung nicht nur der Tätigkeit sondern auch der Interessen führen. Dabei war gerade die Verbindung von Stadt und Land eine Hauptaufgabe, die Chrusch-

Parallel zur neuen Struktur der Industrieverwaltung ist auch die Landwirtschaftsverwaltung nach der ZK-Tagung vom letzten Herbst einer Reorganisation unterzogen worden. Unser Bild zeigt am weissrussischen Beispiel die staatliche Unterteilung in sechs Oblasten nach territorialem Prinzip, das trotz dem neuen Produktionsprinzip mit Trennung von Industrie und Landwirtschaft weitergeführt wird. Gezeigt wird hier also die landwirtschaftliche Verwaltungsgliederung unter der Hoheit der Territorialbehörden, der Sowjets der entsprechenden Oblasten. Nebenher aber, und von dieser Einteilung unabhängig, ist die Landwirtschaft durch die Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltung organisiert, gemischten Organen von Partei und Staat. Sie sind durch Chruschtschews Landwirtschaftsreform vom Frühjahr 1962 ins Leben gerufen worden und wurden in den letzten Wochen im Sinne einer Zentralisierung reorganisiert. In Weissrussland etwa, unserm Beispiel, wurden aus den 123 «alten» Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen 77 neue gebildet. Der umständliche Name zeugt übrigens für den Trend, die Genossenschaften (Kolchosen) mit den Staatsgütern (Sowchosen) gleichzuschalten.

Das gegenwärtige Nebeneinander und Durcheinander verschiedener Verwaltungsformen und Verwaltungskompetenzen (zu dem die neuesten Reorganisation der Sowjet nach dem Produktionsprinzip das ihrige beiträgt) ist für die Lage unmittelbar nach den letzten Reformen charakteristisch. Wie weit sie sich nach den abgesteckten Zielen (Vorrang der Gliederung nach Produktionsaspekten) stabilisieren wird, bleibt abzuwarten. Der entsprechende Abbau der Territorialverwaltung kann ja wohl kaum im gleichen Masse erfolgen. So werden sich zunächst die kompetenten, halbkompetenten und unkompetenten Stellen weiter summieren, die nur durch die Unterordnung unter die Parteiwillkür auf den gleichen Nenner zu bringen sind.





Unsere Karte zeigt die neue Gliederung in der RSFSR, wo die bisherigen 67 Wirtschaftsrayone mit je einem Volkswirtschaftsrat (Sownarchos) an der Spitze in 24 Einheiten zusammengefasst wurden. Die Gesetzesverordnung vom Obersten Sowjet der RSFSR «Ueber die Errichtung von Wirtschaftsrayonen in der RSFSR» wurde am 24. Dezember erlassen, genau einen Monat nachdem das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR in elf Dekreten die ZK-Beschlüsse verwirklichte. Der Russischen Föderation kommt natürlich erstrangige Bedeutung zu, da sie flächenmässig mehr als drei Viertel der Sowjetunion umfasst und zwei Drittel ihrer Industrieproduktion liefert.

Die hier wiedergegebene Unterteilung gilt für die Industrie der Republik (die Landwirtschaft ist wiederum gesondert gegliedert), wobei es immer noch Industrien gibt, die entweder den Gebiets- oder Lokalsowjets unterstellt ist, oder direkt von der Unionszentrale abhängt (Schwerindustrie, vor allem Rüstungsindustrie).

Die neuen Wirtschaftsrayone (vergleiche Zahlen der Karte):

A Moskau Stadt. B Moskau (bisherige Volkswirtschaftsräte der Gebiete Moskau, Kalinin, Smolensk, Rjasa). C Leningrad (ein Teil vom Sownarchos Wologda soll noch angeschlossen werden, während ein weiterer Teil zum Nordwest-Rayon geschlagen werden soll — siehe Pfeile). D Zentral-Schwarzboden. E Obere Wolga (die «Kornkammer Russlands»). F Nordkaukasus (wo neuerdings die Oel- und Gasindustrie einen starken Aufschwung nimmt). G Mittelwolga (unter anderem Oelzentrum der RSFSR). H Mittelural. I Südural (Erze). K Ostsibirien. L Chabarowsk. M Fernost. N Wolga-Wjatka. O Kusbas (im Kusnjetsker Becken). P Westsibirien. Q Westural. R Untere Wolga. S Wolga. T Oka. U Nordwest. V Nordost. W Komi. X Krasnojarsk. Y Murmansk (die letzteren drei Wirtschaftsrayone bleiben im territorialen Rahmen der bisherigen Wirtschaftsgebiete gleichen Namens unverändert).

tschew der Jugendorganisation zugedacht hatte.

Aber im Grunde genommen trifft die Feststellung in erster Linie auf die KP selbst zu, die durch die Spezialisierung ihrer Aktivität in einen Bauern- und einen Arbeiterflügel aufgeteilt wird. Die vom Kommunismus immer wieder betonte Interessenidentität von Stadt- und Landproletariat wird durch die strikte Branchentätigkeit der KP-Organisation auf allen Stufen geradezu in Abrede gestellt.

(Nach dem Produktionsprinzip waren bisher nur die sogenannten Grundorganisationen gegliedert, die sich in den Kolchosen oder Betrieben, den Aemtern, Schulen und Instituten auf den untersten Stufen der Parteihierarchie befinden. Weiter oben aber waren die KP-Büros territorial gegliedert und übten ihre «Jurisdiktion» in Rayon oder Stadt, dann weiter über Bezirk und Gebiet in der Republik und schliesslich in der KPdSU in den Komitees der entsprechenden Ebene aus. Das war eine territorial gegliederte Hierarchie, die auf allen Stufen Industrie und Landwirtschaft koordinierte. Nun bleibt wohl noch der territoriale Rahmen, aber auf jeder Stufe bestehen nun zwei voneinander unabhängige Parteikomitees, von denen sich das eine nur um die Landwirtschaft — samt Landwirtschaftsschulen, Ablieferungswesen usw. — kümmert, die andere nur um die Industrie — samt Verkehr, Bauwesen, Forschung usw.)

Der staatliche Sektor

Die Uebersichtlichkeit der staatlichen Verwaltung hat durch die jüngsten Reorganisationen noch weiter gelitten. Die allgemein staatlichen Belange (Rechtssprechung usw) werden weniger tangiert, aber in der Wirtschaftsverwaltung vergrössert sich das Chaos. Wenn wir nach Industrie und Landwirtschaft trennen, so ergibt sich in der Vereinfachung folgendes Bild:

Industrie

1. *Die Volkswirtschaftsräte oder Sownarchosen.* Ihnen untersteht die grössere Industrie in den einzelnen Republiken. Ihre Anzahl wird jetzt beträchtlich reduziert, in der RSFSR (siehe Karte) von 67 auf 24, in der Ukraine von 14 auf 7 usw. Sie werden mit grösserer Dispositionsfreiheit als früher ausgestattet, namentlich was die Durchführung der zentral bestimmten Planungsaufgaben anbetrifft. Damit distanzieren sie sich noch weiter von der Industrie, die sich unter Verwaltung der lokalen Behörden befinden.

2. *Die den Sowjets* der einzelnen Stufen (Gebiet, Bezirk, Stadt) *unterstellte Industrie.* Sie wird von den «Industrieabteilungen» der betreffenden Räte und ihrer Exekutivkomitees geleitet. Statt dieser Stelle funktioniert jetzt teilweise nach den neuen Beschlüssen der «Industriesowjet», der nach dem Produktionsprinzip als unabhängige Behörde neben dem «Landwirtschaftssowjet» steht. Die unterschiedliche Sachlage in den einzelnen Gebieten oder Bezirken verwischt die Grenzen der Verantwortlichkeit.

3. *Die direkt Moskau unterstellten Industrien,* bei denen es sich vor allem um Betriebe der Schwerindustrie und der Schlüsselindustrie handelt. Hier bleibt die Lage unverändert.

Landwirtschaft

1. *Die Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen.* Sie bilden das Rückgrat der Landwirtschaftsreformen vom März letzten Jahres und stellen keine rein staatliche Verwaltungsform dar, da sie von einem gemischten Partei- und Staatsgremium ge-

leitet werden. Auch sie sind jetzt (eine Entsprechung zu den Volkswirtschaftsräten) zu grösseren Einheiten zusammengelegt worden. Ihre Administration besteht neben und nicht unter den

2. *Sowjets,* welche die politisch-territoriale Verwaltungsreform der staatlichen Behörden darstellen (Gebiet, Bezirk). Eine Annäherung der beiden konkurrenzierenden Stellen wird allerdings jetzt insofern versucht, als man die Grenzen der Bezirke und der Produktionsverwaltungen zusammenfallen lässt. Ein diesbezüglicher Entschluss ist etwa in Kasachstan gefasst worden. Den Produktionsverwaltungen ist die Prioritätsrolle zugedacht, was schon daraus hervorgeht, dass die Parteikomitees der Territorialverwaltungen der Landrayone aufgehoben und durch entsprechende Komitees bei den Kolchos-Sowchos-Verwaltungen ersetzt wurden. Bezüglich der neuesten Sowjet-Spezialisierung gilt das zur Industrie Gesagte.

Die Kontrolle

Das in der Sowjetunion neugegründete Komitee für Partei- und Staatskontrolle (unter Scheljepin) ist in diesem Zusammenhang nochmals zu erwähnen, weil es mit seiner eigenen Hierarchie von oben nach unten, sowohl die Partei- als auch die Staatsorgane überprüft. Es wird zum Symbol für die angestrebte direkte Parteileitung der gesamten Wirtschaftsverwaltung, die jetzt selbst den Schein ihrer staatlichen Autonomie verliert.

Landwirtschaft

UdSSR

Harte Steuern aus weicher Politik

In Usbekistan ist auf das Jahresende hin die private Viehabe mit einer ungeheuer hohen Sondersteuer belegt worden, aber das neue Gesetz (vom 22. Dezember) dokumentiert nichtsdestoweniger die Hilflosigkeit des Regimes der Bevölkerung gegenüber.

Die Steuer wird nämlich auf Tiere erhoben, die sich in unerlaubtem Privatbesitz befinden, eine Praxis, die anscheinend so verbreitet ist, dass man ihr nicht mit Strafverfügungen begegnen kann. Die Erhebung einer Steuer für verbotenen Besitz stellt wohl eine Erschwerung, gleichzeitig aber auch eine Art formeller Anerkennung dieser offiziell widerrechtlichen Situation dar.

Grundlage der ganzen Angelegenheit ist allerdings die enge Beschränkung der verstaatlichten Viehhabe. Ein Privater darf sich eine Kuh und ein Kalb (oder eine Geiss und ein Zicklein) plus ein Schwein (oder drei Schafe und Lamm) halten. Nun pflegen sich die Funktionäre der Landwirtschaftskollektivs sowenig an dergleichen Anordnungen zu halten wie die Kolchosbauern oder Sowchosarbeiter, so dass oft genug «eine Hand die andere wäscht», was ein Durchgreifen sehr erschwert. Auch höhere Kolchosbeamte pflegen sich ihre Blindheit gegenüber allzu wohlgefüllten Ställen ihrer Untergebenen nicht ungern mit Naturalgeschenken wie Ferkel und dergleichen belohnen zu lassen. Fälle dieser Art werden in der Sowjetpresse nahezu täglich irgendwo angeprangert.

Das neue Steuersondergesetz Usbekistans macht tatsächlich einen prohibitiven Eindruck. Für eine Kuh werden jährlich 150 Rubel erhoben (ein anderthalbfacher Monatslohn eines Arbeiters), für ein Nutzpferd 200 Rubel, für ein Schaf 15 Rubel. Wer überdies trotz Arbeitsfähigkeit keine gemeinnützige Arbeit leistet (auch dieser streng verbotene parasitische Lebenswandel wird so quasi legalisiert), hat einen Zuschlag von 100 Prozent zu entrichten. Der Verzugszins nach dem Verfallstermin beträgt pro Tag 0,2 Prozent, was also einem Wucherzins von 70 Prozent entspricht. Immerhin wird mit Zwangsmassnahmen erst für den Fall gedroht, dass die Zahlungen überhaupt ausbleiben sollten.

Usbekistan scheint tatsächlich Mühe mit seinen Bauern zu haben. Im Dezember war schon ein anderer Ukas erlassen worden, der sich gegen die Verschleuderung von staatlichem Getreide zur Viehfütterung wandte. Auch hier wäre besser an den Grundlagen zu korrigieren, die den Bauern und Landarbeitern gestatten würden, ihr Vieh auf legale Weise ausreichend zu füttern, das heisst durch Vergrösserung der Nebenwirtschaft.

In einer ganzen Anzahl von Ortschaften (nicht nur städtischen Charakters) der Republik ist die private Viehhaltung überhaupt verboten. Die Liste ist — ebenfalls im letzten Monat und ebenfalls auf Dekretweg — noch erweitert worden.

Eine Zusammenstellung Washingtons: Im Jahre 1961 hat die Sowjetunion, die sich gern als Industriestaat aufzuspielen versucht, für 774 Millionen Dollar mehr Maschinen und Maschinenteile eingeführt als ausgeführt. Mehr als ein Viertel dieser eingeführten Investitionsgüter stammte aus den westlichen Industrieländern. Der Wert dieser Importe an Maschinen ist mehr als doppelt so hoch wie der Wert der sowjetischen Maschinenexporte in die Entwicklungsländer, einschliesslich Kuba, für den die letzten kompletten sowjetischen Statistiken im Kalenderjahr 1960 einen Wert von umgerechnet 300 Millionen Dollar angeben. Dem gegenüber haben die westlichen Industrieländer im gleichen Berichtsjahr für 7,6 Milliarden Dollar Maschinen in die Entwicklungsländer geliefert, ein Beweis für die Unfähigkeit der sowjetischen Industrie, den ungeheuren Bedarf der jungen Industrien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu decken.

Wirtschaft

UdSSR

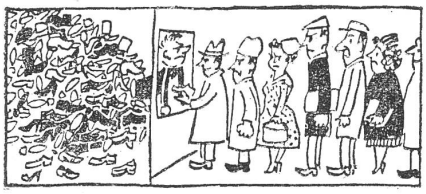
Kaspische Erdölinseln

Im Laufe dieses Jahres soll am Kaspischen Meer ein Flossschiff von besonderer Grösse eingesetzt werden, um künstliche Erdölinseln zu errichten.

Das aus zwei Rümpfen bestehende Schiff ist durch eine grosse Plattform verbunden, so dass die gesamte dadurch gewonnene Deckfläche die Ausmasse eines Fussballplatzes» erreichen. An Bord des Schiffes befindet sich ein Kran mit einem 70 Meter langen Ausleger und drei Hebemaschinen von 10, 140 und 250 Tonnen Tragfähigkeit.

Das Schiff wird im Hafen die erforderlichen Bauteile an Bord nehmen und auf offenem Meer in den Grund einrammen. Danach wird auf der so geschaffenen Erdölinseln, der 41 Meter hohe Bohrturm, der ebenfalls mit auf diese Fahrt genommen wird, errichtet.

Das Schiff ist relativ unabhängig von den Winden, die das Kaspische Meer das ganze Jahr über in Bewegung halten. Es kann auch bei einem Seegang mit 3,5 Meter hohen Wellen seine Arbeiten ungestört fortsetzen. Die Antriebsleistung der Maschinen beträgt 10 000 PS. Das Kranschiff wird auf der Werft «Krasnoje Sormowo» in Gorki gebaut.



«Umstellung der Termine»

«Die zentralisierte Schuhreparatur ist eine sehr fortschrittliche Institution. Man bringt die Schuhe zur Uebernahmestelle, darf sie dem Leiter der Uebernahmestelle abgeben und eine Quittung in Empfang nehmen. Wenn 200 Paare beisammen sind, kommt ein Lastwagen und liefert alles in die Fabrik ... Nach einem Monat oder anderthalb Monaten zeigt man (zum wievielten Male?) die Quittung und bekommt dafür Schuhe, die manchmal einander nicht einmal ähnlich sind. Man zieht sie an und nach drei Tagen bringt man sie zur Reparatur wieder zurück.

Schluss damit! Jetzt ist es — freut euch — umgekehrt: jetzt werden eure Schuhe während drei Tagen repariert und ihr könnt sie anderthalb Monate lang tragen.»

(«Sowjetskaja Estonija», 1. Januar)

Partei

SBZ

Der VI. SED-Kongress

Chruschtschews Auftreten wird dem VI. Parteitag der «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands», der diese Woche in Ostberlin tagt, die spektakuläre Note verleihen. Sein Erscheinen beim Kongress des «letzten stalinistischen Satellitenführers» des Sowjetblocks ist als Unterstützung Ulbrichts zu bewerten, gewiss, aber nur insoweit, als Moskau gegenwärtig auf das SBZ-Regime in seiner jetzigen Form nicht verzichten kann, da bei der exponierten Lage der Zone eine Parteikrise nicht zu ertragen wäre. Aber schon die indirekte Formulierung von sowjetischer Kritik oder Unterstützung wird Aufschlüsse über das interne Verhältnis zwischen Kreml und Pankow zulassen.

Selbst von der weltpolitischen Situation abgesehen, findet der Kongress in einer kritischen Phase statt. Die wirtschaftliche Situation ist seit der Errichtung der Mauer vor anderthalb Jahren permanent schlecht geblieben. Die Veranstaltung hätte laut Statut schon Mitte 1962 stattfinden sollen, wurde aber in der Hoffnung verschoben, eine ökonomische Besserung werde eintreten. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, wie selbst die Partei in ihrem Rechenschaftsbericht zugeben musste, der übrigens in der sowjetzonalen Presse nicht vollständig veröffentlicht wurde.

Auf dem V. Parteitag vom Juli 1958 hatte es Ulbricht als die «ökonomische Haupt-